



Der Weg in den Betrieb –

Wie kann die Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen gelingen?

20.Oktober 2016, Wolfsburg

Derzeit fliehen weltweit zahlreiche Menschen vor Krieg, Terror und politischer Verfolgung. Viele davon haben in den vergangenen Monaten auch ihren Weg nach Deutschland gefunden. Bis Ende September 2016 gingen rund 658.000 Asylanträge in Deutschland ein. Einige werden bleiben und Teil unserer Gesellschaft werden. Doch die entscheidende Frage ist, wie man diese Menschen erfolgreich integrieren kann. Klar ist: Die Integration von geflüchteten Menschen kann nur über Sprache und Arbeit gelingen. Der Weg in den Betrieb ist für sie jedoch beschwerlich. Wie also kann der Arbeitsmarktzugang für geflüchtete Menschen konkret erleichtert werden? Was muss sich ändern? Wer muss was tun? Um diese und andere Fragen zu diskutieren luden der **DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt** und das **Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung** in Zusammenarbeit mit der **IG Metall Wolfsburg** zu einer Podiumsveranstaltung mit dem Titel ‚*Wie kann die Arbeitsmarktintegration von geflüchteter Menschen gelingen*‘ am 20. Oktober 2016 in Wolfsburg ein.

In seiner Einführung macht der politische Sekretär der IG Metall Wolfsburg, **Joachim Fährmann**, deutlich, dass gute Arbeit für die schnellstmögliche Integration von Geflüchteten wichtig sei. Daher schlägt die IG Metall ein Integrationsjahr für Flüchtlinge, Langzeitarbeitslose und junge Menschen ohne Abschluss vor. Ein betriebliches Integrationsjahr soll Geflüchteten ein finanziell selbstständiges Leben ermöglichen und ihnen trotzdem Zeit geben, die Sprache zu lernen und mehr über ihre neue Heimat zu erfahren. Fährmann weist jedoch darauf hin, dass für die Gruppe die gleichen Ansprüche gelten müssten. Gleiche Ansprüche heiße allerdings nicht, dass alle das gleiche Programm bekommen. Vielmehr sollten passgenaue Modelle für Geflüchtete, Langzeitarbeitslose und junge Menschen angeboten werden. Fährmann erklärt, die IG Metall wolle dabei aber keine Lohnkonkurrenz schaffen. Deswegen sollten Geflüchtete ebenfalls nach Tarif bezahlt werden und in die Sozialversicherungen zahlen. Zum Schluss

betonte Fährmann explizit, dass man durch das Integrationsjahr keinen Freibrief schaffen wolle. Man müsse sich an die Standards halten, ansonsten fördere man die Spaltung der Gesellschaft.

Anschließend erläuterte die Staatssekretärin im Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, **Daniela Behrens**, die Position der Landesregierung. Sie führt an, dass man sich mit dem Thema Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten differenziert auseinander setzen müsse. Ca. 100.000 Flüchtlinge seien inzwischen nach Niedersachsen gekommen und viele dieser Menschen wollen sich hier ihre neue Heimat aufbauen. Dieser Integrationswille müsse anerkannt und gefördert werden, so Behrens. Deutschland bemühe sich, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Bei der bisherigen Integrationspolitik wurde Ausgrenzung betrieben und Flüchtlinge wurden vom Arbeitsmarkt fern gehalten. Außerdem wurde der Spracherwerb nicht gefördert.



Staatssekretärin Daniela Behrens

Als positiv bewertet Behrens das in diesem Jahr neu erlassene Integrationsgesetz. Dieses neue Gesetz mit dem Motto ‚Fördern und Fordern‘ sei ein historischer Schritt, da ein solches Gesetz Maßnahmen bündele, um Geflüchtete besser zu integrieren. Viele Flüchtlinge seien nicht ausreichend qualifiziert und bräuchten daher eine grundlegende Einführung in den Arbeitsmarkt. Den Flüchtlingen müsse eine wirkliche Perspektive geboten werden. Eine umfassende Ausbildung habe auch langfristig Vorteile, betont Behrens. Das neue Gesetz fördere die Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Die Geflüchteten müssten sich jedoch auch an dem Integrationsprozess beteiligen. Die Teilnahme an Sprachkursen erleichtere den Einstieg in die Arbeit und ermögliche somit eine langfristige Integration in die Gesellschaft. Sprachkenntnisse seien dabei entscheidend, betont die Staatssekretärin.

Abschließend verdeutlichte Behrens, dass man eine „betriebliche Willkommenskultur“ brauche und Sprache eine essentielle Rolle bei der Arbeitsmarktintegration spiele. Deutschland habe erkannt, dass die Kosten von Nichtintegration höher seien als die von Integration.

Daran im Anschluss stellt der Betriebsratvorsitzende der Autovision GmbH, **Ali Naghi**, die Sicht eines Praktikers auf das Thema dar. Naghi, der selbst 1979 aus dem Iran nach Deutschland einwanderte, verdeutlichte insbesondere die speziellen Lebensumstände von Geflüchteten. Krieg und Terror hätten die meisten Flüchtlinge dazu gebracht, ihre Heimat zu verlassen, um in Europa eine neue Zuflucht zu haben. Und wer auswandere, habe zunächst keine Heimat mehr, so Naghi. Um den Flüchtlingen die Integration zu ermöglichen, müsse man nicht nur Sprachkenntnisse fördern, sondern zusätzlich Verständnis für ihre Situation und ihre Kultur

entgegen bringen. „Wir müssen die Perspektive der Flüchtlinge verstehen“, so der Betriebsratvorsitzende. Nur so könnten Schnittmengen gefunden werden anhand derer die Gesellschaft wachsen könne.



Betriebsratvorsitzende Ali Naghi

In der anschließenden Diskussion, moderiert von der Journalistin Cosima Schmitt wurden einige Aspekte aus den Impulsbeiträgen noch einmal aufgegriffen. Zunächst stellt Schmitt die Frage, was man den Flüchtlingen raten kann für ihre Integration in den Arbeitsmarkt. Naghi ist sich sicher, dass man zuallererst die individuellen Kompetenzen feststellen müsse. Berufseinstiegsprogramme,

interkulturelles Training und Sprachkurse sollten dabei Abhilfe schaffen. **Julius von Ingelheim**, Geschäftsführer der Allianz für die Region GmbH, ergänzt, dass sich in Wolfsburg gezeigt habe, dass eine individuelle Förderung größere Erfolge erzielt habe. Behrens fügt noch hinzu, man müsse den Flüchtlingen die deutsche Sprache näher bringen, da in Deutschland kein Sprachgefühl vermittelt würde. Deshalb fiele das Erlernen der deutschen Sprache vielen schwer. Hier nennt die Staatssekretärin einige Kombinationsmodelle aus Niedersachsen. Z.B. könne man durch Begegnungen oder ein gemeinsames Kochen die deutsche Sprache vermitteln.

Anschließend stellt Cosima Schmitt die Frage, ob es Ideen gebe, damit Unternehmen Geflüchtete einstellen. Von Ingelheim stellt zunächst klar, dass sich die Mehrheit der Unternehmen dazu bereit wär. Jedoch hinderten praktische Hürden die Geflüchteten oft daran, sich eine Perspektive durch Arbeit aufzubauen, da das Eröffnen eines Kontos oder die Findung einer Wohnung einigen noch zu schwer fiele. Die Stadt Wolfsburg biete hierbei jedoch bereits Hilfe für die Betroffenen an. Daniela Behrens stimmt von Ingelheim in diesem Punkt zu und ergänzt, dass die Bereitschaft, Geflüchtete einzustellen bei Kleinunternehmen größer sei als bei großen Unternehmen.

Zum Ende der Veranstaltung öffnete die Moderatorin die Diskussion auch für das Publikum. Festzuhalten ist, dass auch das Publikum Sprachkenntnisse als essentiell für die Integration von Geflüchteten betrachtet. Außerdem müsse man bürokratische Hürden reduzieren, weil sonst die langen Wartezeiten Geflüchtete zu sehr demotivieren würden. Wichtig sei aber auch, dass der Wille zur Integration auf beiden Seiten vorhanden sein müsse. Nur so könne ein wirkliches Miteinander in der Gesellschaft gelingen.



v.l.: Daniela Behrens, Julius von Ingelheim, Cosima Schmitt, Lothar Laubert, Ali Naghi



Auditorium